



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



JugendPolitikTage 2017

Dokumentation

Inhaltsverzeichnis

I. Laut & mittendrin: Die Ziele der JugendPolitikTage	4
II. Kompetent & engagiert: Die mitwirkenden Organisationen	6
III. Bunt & markant: Das Veranstaltungsforum	8
Das Jugendforum	8
Das Jugendmedienzentrum	9
Der Kunstwettbewerb	9
IV. Dicht & abwechslungsreich: Das Gesamtprogramm	10
V. Klar & motivierend: Die Eröffnung mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig	12
VI. Vielfältig & kontrovers: Die Foren	14
VII. Selbstbewusst & demokratisch: 54 Forderungen an Politik & Gesellschaft	16
VIII. Anspruchsvoll & nachhaltig: Rückblick und Ausblick	25



I. Laut & mittendrin: Die Ziele der JugendPolitikTage



„Machen Sie sich hörbar und sichtbar, hier mitten im Regierungsviertel Berlins – herzlich willkommen!“ – so begrüßte Bundesjugendministerin Manuela Schwesig 450 Jugendliche und junge Erwachsene aus allen Bundesländern zu den JugendPolitikTagen vom 5. bis 7. Mai 2017 in Berlin. Damit setzte sie gleich zu Beginn ein Zeichen: Während der folgenden drei intensiven Tage standen nicht nur Jugendbeteiligung und Jugendpolitik im Mittelpunkt, sondern es ging darum, junge Menschen unübersehbar zu machen und ihren Anliegen und Forderungen Gehör zu verschaffen. Veranstalter der JugendPolitikTage 2017 war das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Inhaltlicher und organisatorischer Partner war die Jugendpresse Deutschland.

Im Vorhinein konnten sich Interessierte aus Jugendverbänden, Jugendforen, Jugendbeiräten, Jugendparlamenten, Jugendorganisationen politischer Parteien, Schülerinnen- und Schülervertretungen und Studierendenvertretungen bewerben. Die Auswahl der 16- bis 27-jährigen zur Teilnahme an den JugendPolitikTagen stellte eine Auszeichnung ihres ehrenamtlichen Engagements dar. Die Kosten für Anreise, Übernachtung, Verpflegung und Programm wurden aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes und aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ getragen. Das Ziel der Veranstaltung war, junge Positionen sichtbar zu machen und diesen Positionen eine Plattform zu bieten. Außerdem sollte der Austausch zwischen Aktiven aus unterschiedlichen Beteiligungsformaten und Regionen gefördert und das Verständnis für demokratische Prozesse gestärkt werden. Kurz gesagt ging es darum, wie die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks betonte, „der Jugend eine Stimme zu geben“.



Den roten Faden auf den JugendPolitikTagen bildete der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung: Zentrale Themen des Berichts wurden von verschiedenen mitwirkenden Organisationen aufgegriffen und in sechs anderthalbstündigen Foren mit spannenden Gästen und dem Publikum diskutiert. Zudem fanden 18 Arbeitsgruppen statt, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv mit einem Thema auseinandersetzten und dazu Positionen und Forderungen erarbeiteten (S. 16 - 24).

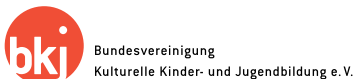
Die Ergebnisse der JugendPolitikTage werden die Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums bereichern. Das Ziel dieser Strategie unter dem Leitmotiv „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ ist eine Gesellschaft, die die junge Generation an allen Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gute Bedingungen bietet, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern. Konsequente Jugendbeteiligung gehört zu den Grundanforderungen dieser Strategie. Das spiegelt sich nicht nur in den JugendPolitikTagen wider, sondern zum Beispiel auch in großangelegten Projekten zur Weiterentwicklung, Qualifizierung und Umsetzung von on- und offline-Partizipation, in der Jugendbeteiligung am bundesweiten Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ und an der Demografiestrategie der Bundesregierung sowie in regelmäßigen Jugendworkshops und Jugendkonferenzen. Mehr zur Jugendstrategie: www.jugendgerecht.de

II. Kompetent & engagiert: Die mitwirkenden Organisationen



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!



Die JugendPolitikTage 2017 waren eine Veranstaltung des **Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** unter Beteiligung des Bundesprogramms „**Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“. Das Bundesprogramm unterstützt Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger dabei, sich für ein vielfältiges, friedliches und demokratische Miteinander einzusetzen.

Inhaltlicher und organisatorischer Partner für die JugendPolitikTage 2017 war die **Jugendpresse Deutschland**. Die Jugendpresse ist der Bundesverband für junge Medienmachende. Vom Schülerzeitungsredakteur bis zur jungen Volontärin begleitet sie in den Beruf, bildet mit fast 300 Seminaren im Jahr aus und veranstaltet unter anderem die Jugendmedientage und den Schülerzeitungswettbewerb der Länder.

Die JugendPolitikTage 2017 sind Teil der Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums unter dem Leitmotiv „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Zentraler Partner dabei ist die **Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“**.

Neben der Koordinierungsstelle waren auch das Projekt „**jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation**“ und das **Pressenetzwerk für Jugendthemen (PNJ)** vertreten. Die Plattform „jugend.beteiligen.jetzt“ stellt Know-how zu Prozessen und Tools bereit und bietet Qualifizierungen an. Sie zeigt gute Beispiele und verlinkt ausgewählte Jugendbeteiligungsprojekte. PNJ vernetzt Medienmachende, die sich mit Jugendthemen beschäftigen.

Die JugendPolitikTage 2017 konnten nur durch die Beteiligung zahlreicher Organisationen und Unterstützer realisiert werden. Die mitwirkenden Organisationen setzten Foren zu Themen um, die ihnen besonders am Herzen liegen (S. 14 - 15). Der **Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten** ist ein wichtiger Akteur politischer Bildung in Deutschland. In ihm haben sich über 100 Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen.

Der **Bund der Deutschen Landjugend (BDL)** sind rund 100.000 junge Menschen, für die der ländliche Raum Heimat ist. Sie gestalten das Leben vor Ort und machen sich gemeinsam fürs Land stark. Der BDL vertritt ihre Interessen und will vor allem eins: Lebens- und Bleibeperspektiven für junge Menschen im Land schaffen.

Kulturelle Teilhabe und gerechte Bildungschancen für alle jungen Menschen: Dafür setzt sich die **Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung** als Dachverband der kulturellen Bildung auf Bundes- bzw. Landesebene unter anderem durch Lobbyarbeit, Modellprojekte, Beratung, Fortbildung und kulturelle Freiwilligendienste ein.

Die **Deutsche Sportjugend** bündelt die Interessen von rund zehn Millionen jungen Menschen im Alter bis 26 Jahre, die in über 90.000 Sportvereinen in 16 Landessportjugenden, 53 Jugendorganisationen der Spitzenverbände und zehn Jugendorganisationen der Sportverbände mit besonderen Aufgaben organisiert sind.

Im **Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit** haben sich die Arbeiterwohlfahrt, die Bundesarbeitsgemeinschaften örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit sowie der Evangelischen Jugendsozialarbeit und der Katholischen Jugendsozialarbeit, der Paritätische Gesamtverband, das Deutsche Rote Kreuz und der Internationale Bund zusammengeschlossen, um die Teilhabe von jungen Menschen zu verbessern.



Das technische und logistische Gelingen der JugendPolitikTage 2017 wurde durch die Agentur **COMPACT TEAM** sichergestellt. Des Weiteren wurde die Veranstaltung durch die Bereitstellung verschiedener Tagungsräumlichkeiten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, in der Landesvertretung des Freistaates Thüringen, der Landesvertretung des Saarlandes, der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, der Deutschen Bank – Quartier Zukunft sowie der Volkswagen Group ermöglicht.



III. Bunt & markant: Das Veranstaltungsforum

Die JugendPolitikTage 2017 fanden direkt im Berliner Parlaments- und Regierungsviertel statt. Auf dem Washingtonplatz vor dem Berliner Hauptbahnhof wurde ein eigenes JugendPolitik-Tage-Gelände mit einer Gesamtfläche von fast 2.000 Quadratmetern errichtet: Auf dem Areal waren ein rundes Jugendforum mit 300 Plätzen, das Jugendmedienzentrum und ein Open-Air-Aufenthaltsbereich untergebracht. Direkt an der Spree und vis-à-vis dem Bundeskanzleramt und dem Reichstagsgebäude wurden jugendliches Engagement und Jugendbeteiligung damit im Herzen der politischen Hauptstadt sichtbar gemacht.

Das Jugendforum

Im Jugendforum fanden die Auftaktveranstaltung mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig, die themenbezogenen Foren und die Abschlussveranstaltung mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks statt. Am Samstagabend gab es unter der Moderation von Michael Metzger ein politikcafé mit diesen Gästen: Annika Klose, Landesvorsitzende der JUSOS Berlin, Philipp Heißner, Mitglied der Hanseatischen Bürgerschaft und Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union, Moritz Heuberger, Bundessprecher der Grünen Jugend, Julius Zukowski-Krebs, Vertreter der Linksjugend [solid] und Roman-Francesco Rogat, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin. Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierten sie vor allem über die Frage, inwieweit Parteien für Jugendliche und junge Menschen eine attraktive Form der Beteiligung darstellen.

Alle Programmpunkte des Jugendforums konnten per Livestream auf der Webseite des Bundesjugendministeriums und auf den Internetseiten mitwirkender Organisationen verfolgt werden.



Das Jugendmedienzentrum

Das Jugendmedienzentrum bildete die Schnittstelle zwischen der Öffentlichkeit und der Veranstaltung. Während das Jugendforum nur für die akkreditierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zugänglich war, konnten sich Interessierte im Jugendmedienzentrum über die JugendPolitikTage informieren, über einen Bildschirm live das Programm verfolgen oder auf der Twitterwall die Tweets unter dem Veranstaltungshashtag #jpt17 nachlesen.

In der gläsernen Redaktion des Jugendmedienzentrums arbeiteten die politikorange-Redaktion sowie das Pressenetzwerk Jugendthemen. Die jungen Redakteurinnen und Redakteure von politikorange berichteten tagesaktuell und crossmedial – auf ihrem Blog, über Social-Media-Kanäle, in Videos sowie durch eine im Anschluss veröffentlichte Printausgabe des politikorange-Magazins. Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ war mit einem Info-stand vertreten, und auch das digitale Partizipationsprojekt „jugend.beteiligen.jetzt“ kam hier mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern ins Gespräch. Eine Selfie-Wand des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit der Aufschrift „Dieses Selfie braucht kein Mensch. Aber Demokratie braucht jeden von uns!“ war ein beliebtes Fotomotiv.

Der Kunstwettbewerb

Sechs Kunstwerke von Jugendlichen zwischen 13 und 25 Jahren wurden während der JugendPolitik-Tage im Außenbereich gezeigt. „Setze künstlerisch um, welche Forderungen du an Politik und Gesellschaft richten möchtest oder zeige in deinem Kunstwerk Jugendliche, die das tun!“ lautete im Vorfeld die Aufforderung an junge Kunstschaffende. Möglich waren Einreichungen als Einzelperson oder Gruppe in allen künstlerischen Sparten, etwa Malerei, Zeichnung, Fotografie, Collage, Graffiti oder Tape Art.

Ausgezeichnet wurden Rafael Jordan (13 Jahre) aus Berlin, Lina Erdmann (13 Jahre) aus Lübeck, Pia Schier und Laura Unger (beide 15 Jahre) aus Stahnsdorf, Mabel Westwood (16 Jahre) aus Neustadt an der Weinstraße, Christiane Seitz Munoz (18 Jahre) aus Oberursel, und Malik Amin (25 Jahre) aus Stade.

Die Jury setzte sich zusammen aus Bettina Bundszus, Abteilungsleiterin im Bundesjugendministerium, Kirsten Witt, stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, Thomas Heppener, Leiter des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie Christiane Scholz, Geschäftsführerin der Jugendpresse Deutschland.



IV. Dicht & abwechslungsreich: Das Gesamtprogramm

Bundesjugendministerin Manuela Schwesig eröffnete die JugendPolitikTage mit einer Rede im Jugendforum und einem Besuch im Jugendmedienzentrum (S. 12 - 13).

Am Freitag und Samstag fanden jeweils drei Foren statt. An diesen nahmen jeweils circa 300 Personen teil, so dass für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwei von drei Foren pro Tag auf dem Programm standen. Die Foren wurden von mitwirkenden Organisationen gestaltet und inhaltlich verantwortet (S. 14 - 15).

Am Freitagabend lud die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks zum Abendempfang in die tube station in der Berliner Friedrichstraße ein. Zahlreiche mitwirkende Organisationen informierten an Ständen über sich und ihre Aktivitäten. In lockerer Atmosphäre gab es viele Gelegenheiten, miteinander ins Gespräch zu kommen. Zudem zeigte die „Bühne für Menschenrechte“ Szenen aus ihrem dokumentarischen Theaterstück „Die Asyl-Dialoge“.

Am Freitag, Samstag und Sonntag arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerdem in Arbeitsgruppen. Diese wurden von pädagogisch erfahrenen Moderatorinnen und Moderatoren geleitet. Während eines kürzeren Zeitfensters am Freitag konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits kennenlernen, sie erhielten einen inhaltlichen Input von Expertinnen und Experten und konnten erste Fragen stellen. Am Samstag gab es vier Stunden Zeit, um zu disku-

Freitag 05.05.2017	
ab 09:00	Ankunft
10:00 - 11:00	Warm-Up / Einführung durch Moderation
11:00 - 12:00	Auftaktveranstaltung mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig
12:00 - 12:30	Mittagspause
12:30 - 12:45	Wechsel zu den AG-Räumen
12:45 - 14:00	AG-Phase: Arbeit in der AG
14:00 - 14:15	Wechsel zum Jugendforum
14:15 - 15:45	Forum 1: Politik & Politische Bildung
15:45 - 16:15	Umbau und Kaffeepause
16:15 - 17:45	Forum 2: Das Recht auf Bildung umsetzen – Ausbildungsgarantie jetzt!
17:45 - 18:15	Umbau
18:15 - 19:45	Forum 3: Demokratie beginnt mit Reden!
20:15 - 23:00	Empfang der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks mit Abendessen in der tube station





Samstag 06.05.2017	
09.00 – 09:15	Warm-Up
09:15 – 10:45	Forum 4: Jugendbeteiligung vor Ort – Wie können wir Demokratie leben?
10:45 – 11:15	Umbau
11:15 – 12:45	Forum 5: Flucht & Migration – In erster Linie junge Menschen
12:45 – 13:15	Umbau und Mittagspause
13:15 – 14:45	Forum 6: Frei_Raum nutzen
14:45 – 15:15	Kaffeepause und Wechsel in die AG-Räume
15:15 – 19.30	AG-Phase: Arbeit in der AG
19:30 – 20:30	Wechsel zum Jugendforum und Abendessen
20:30 – 21:30	optional: politikcafé / Abend zur freien Verfügung
bis 22 Uhr	Abendausklang

Sonntag 07.05.2017	
ab 09.00 – 11.30 Uhr	AG-Phase: Arbeit in den Themenwerkstätten
11:30 – 12:30	Wechsel zum Jugendforum und Mittagspause
12:30 – 14:00	Abschlusspräsentation mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks
ab 14.30 Uhr	Abreise

tieren und gemeinsam drei Forderungen an Politik und Gesellschaft zu formulieren. Am Sonntagvormittag kamen jeweils drei themenverwandte Arbeitsgruppen zu einer Themenwerkstatt zusammen. Hier präsentierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegenseitig ihre Forderungen, diskutierten diese und wählten in einem demokratischen Prozess drei finale Forderungen aus, die während der Abschlusspräsentation vorgestellt wurden. Einige Themenwerkstätten stellten dabei fest, dass sich ihre Forderungen ähneln oder ergänzen und legten daher ihre Forderungen zusammen. Manche entwickelten kreative Präsentationsformen, wie einen Poetry Slam, eine Performance oder gebastelte Visualisierungen.

Während der Abschlusspräsentation mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks stellten Delegierte der Themenwerkstätten die ausgewählten Forderungen vor. Anschließend nutzte Caren Marks die Gelegenheit, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über ihre Positionen zu diskutieren.

Die Gesamtmoderation der Veranstaltung übernahmen Sharon Maple und Ilja Wehrenfennig von der Jungen Presse Berlin, die souverän durch das Programm führten.



V. Klar & motivierend: Die Eröffnung mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig

Der Start der JugendPolitikTage 2017 war der Auftakt eines ereignisreichen Wochenendes. Mit einem Besuch auf dem Veranstaltungsgelände eröffnete Bundesjugendministerin Manuela Schwesig die ersten JugendPolitikTage des Bundesjugendministeriums in Berlin.

In ihrer Eröffnungsrede betonte sie, dass Jugendpolitik nicht nur für Jugendliche, sondern auch mit Jugendlichen gemacht werden müsse: „Dazu passt es gut, wenn 450 Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland zu den JugendPolitikTagen nach Berlin kommen – mitten ins Regierungsviertel – und gemeinsam mit uns darüber diskutieren, wie wir die Zukunft gestalten wollen. Aber nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart, in der wir leben.“ Dabei ging sie auch auf die Schwierigkeiten ein, auf die man in demokratischen Prozessen stoßen kann, und stimmte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer damit bereits auf drei Tage voller Debatten und Diskussionen in den Foren und Arbeitsgruppen ein: „Meine persönliche Erfahrung ist, dass man etwas bewegen kann. Oft nicht so schnell wie man es gerne hätte, das gehört leider dazu. Aber das ist eben auch ein Bestandteil von Demokratie. Demokratie heißt auch, dass wir uns die Zeit nehmen müssen, verschiedene Meinungen anzuhören, respektvoll miteinander zu diskutieren, auch zu streiten.“



Die Bundesjugendministerin nahm auch bereits eine der später erarbeiteten Forderungen vorweg: „Manche von Ihnen erleben vielleicht, dass es vom guten Willen der Schulleitung abhängt, ob die Ideen der Schülervertretung verwirklicht werden. Oder Sie erleben sogar, dass es den Erwachsenen im Rathaus und im Stadtrat ehrlich gesagt völlig egal ist, was Jugendliche wollen und machen. Und deshalb glaube ich, dass wir an die Einschränkungen bei der Partizipation von Jugendlichen ran müssen. Wenn Jugendliche mitreden, mitmachen, dann müssen auch Ihre Meinungen mehr Gewicht haben. Und deshalb bin ich eine starke Verfechterin davon, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken.“

Im Anschluss an ihre Rede besuchte die Bundesjugendministerin das Jugendmedienzentrum und stand der politikorange-Redaktion im Interview Rede und Antwort. Zuvor hatte sie gemeinsam mit Jugendlichen die Selfie-Aktion zur Demokratie-Kampagne des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gestartet. Manuela Schwesig ging auch darauf ein, welche Vorreiterrolle die junge Generation beim Umgang mit den neuen Medien einnimmt: „Was sich in den letzten Jahren enorm geändert hat, ist gleichzeitig ein wichtiges Merkmal der Jugend von heute, nämlich der Umgang mit Medien. Viele Ältere verstehen das nicht. Sie glauben oft, es gibt das eine, das echte Leben – zuhause, in der Schule, auf der Straße. Und dann gibt es noch das andere Leben, das virtuelle, das voller Gefahren ist: Die falschen Freunde, Mobbing, Abzocke, Fake News. Das alles gibt es auch, aber zum Glück nicht nur.“ Die Jugend sei gefordert, der Gesellschaft beizubringen, dass das eine das andere nicht ausschließt, sondern dass es zusammengeht und zusammengehört.

VI. Vielfältig & kontrovers: Die Foren

Politik & Politische Bildung

Das Theater X eröffnete das Forum „Politik & Politische Bildung“ mit Szenen aus „Trump ist Stumpf – Widerstand ist Trumpf“. Für das anschließende Panel hatte der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten gemeinsam mit der Stiftung WannseeFORUM und dem Projekt Berliner JugendFORUM politische Künstlerinnen und Künstler sowie Aktivistinnen und Aktivisten eingeladen, die mit der Moderatorin Jumoke Adeyanju über Möglichkeiten von politischer Bildung und Engagement diskutierten: Dabei waren Kreshnik Gashi vom Theater X, Temye Tesfu, Poet der Lesebühnenshow Parallelgesellschaft, Irmela Mensah-Schramm, die seit 30 Jahren Naziaufkleber entfernt, Erik Koszuta, der mit 18 Jahren die „Partei der Wähler“ mitgründete, sowie Gigoflow, Gründer des Rap-Projekts „Spuck auf Rechts“. „Kunst braucht Freiräume, um die Themen auf die Bühne zu bringen, die Jugendliche ansprechen“, so Kreshnik Gashi. Erik Koszuta sagte: „Es ist uns wichtig zu zeigen: Hey, es ist alles möglich, einfach mal spinnen und großdenken.“ Neben interessierten Fragen zum Programm der „Partei der Wähler“ kam aus dem Publikum positives Feedback zu den inspirierenden Projekten der Panelgäste.

Das Recht auf Bildung umsetzen – Ausbildungsgarantie jetzt!

Das Forum „Ausbildungsgarantie jetzt!“ war eine Veranstaltung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Bundesschülerkonferenz sowie der Landesschülervertretung Hessen. Die Gestaltung des Forums lag in den Händen von Emily Dilchert, Armin Alizadeh und Erik Thiel. Sie starteten mit einem Quiz: Bei „Wer wird Super-Azubi?“ beantworteten Dr. Fritz Felgentreu (SPD), Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE), Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Matthias Anbuhl (Deutscher Gewerkschaftsbund) Fragen zum Thema Ausbildung. Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU konnten leider nicht für die Teilnahme gewonnen werden. Veronika Litschel, Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung, hielt einen Impulsvortrag über die Ausbildungsgarantie, die in Österreich seit 2008 gesetzlich verankert ist. Sie findet: „Oft ist es keine Leistung des Einzelnen, ob er einen Ausbildungsplatz bekommt.“ Bei der anschließenden Diskussion mit dem Publikum ging es um bessere Ausbildungsvergütungen, die Qualität von Berufsschulen und mehr Wahlmöglichkeiten beim Angebot von Ausbildungsplätzen. Der Tenor auf dem Podium war eindeutig: Alle möchten eine Ausbildungsgarantie im Gesetz verankern – nur das „Wie?“ ist offen.

Demokratie beginnt mit Reden!

Auf dem Bildschirm sieht man Jugendliche durch die Natur paddeln, eine Stimme verurteilt „Konsumwahn“, lobt „deutsche Werte“ – der zunächst harmlos anmutende Clip ist ein Werbefilm der Jugendorganisation der NPD. Er eröffnete als Beispiel für neue Köderstrategien Rechtsextremer das Forum „Demokratie beginnt mit Reden!“ der Deutschen Sportjugend (dsj) und des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), das von Deborah Kröger moderiert wurde. Prof. Dr. Titus Simon machte mit seinem Vortrag zur BDL-Arbeitshilfe „Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen“ deutlich, dass man immer genauer hinschauen muss, „damit man das, was präsentiert wird, entschlüsseln kann“. Um dabei zu unterstützen, bildet die dsj Demokratietrainerinnen und -trainer aus. Dr. Juliette Brungs stellte das Programm vor. Anschließend beantwortete sie mit Jan Holze, Bundesvorstand der dsj, und Sebastian Schaller, Bundesvorstand des BDL, sowie Prof. Dr. Titus Simon Publikumsfragen. Dabei wurden konkrete Anliegen vorgebracht, etwa: „Wie gehe ich damit um, wenn in meiner Gemeinde die ‚Identitäre Bewegung‘ großen Zulauf bekommt?“ Die Diskussion zeigte, dass nur eine starke demokratische Kultur präventiv wirken kann.

Jugendbeteiligung vor Ort – Wie können wir Demokratie leben?

Das erste Forum am Samstag war „Jugendbeteiligung vor Ort – Wie können wir Demokratie leben?“, ausgerichtet durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Thomas Heppener, Leiter der Referatsgruppe Demokratie und Vielfalt im Bundesjugendministerium, eröffnete mit einem starken Statement: „Schauen wir uns immer den Einzelnen an, gucken wir nicht zuerst nach Religion, nach Hautfarbe, nach ethnischer Herkunft, nicht, ob er Gymnasiast oder Hauptschüler ist, sondern suchen vor allem die Punkte, die wir gemeinsam haben, um das Zusammenleben zu gestalten.“ Nach einer Kleingruppenarbeit folgte eine lebendige Fishbowl-Diskussion. Den Anfang machten Projekte, die durch „Demokratie leben!“ gefördert werden: Zevan Atroschi von Dialog macht Schule, Hanna Sieksmeier, Anne-Frank-Zentrum-Botschafterin, Paula Thierack von der Schwarzkopf Stiftung Junges Europa sowie Yeka Derado für Young Voice TGD. Das Publikum diskutierte rege, ob es an Wertschätzungskultur fehlt, ob ein Bundesjugendparlament sinnvoll wäre und wie Beteiligungsprozesse vorangetrieben werden können. Eine Teilnehmerin sprach vielen aus der Seele: „Lieber machen statt meckern!“

Flucht und Migration – In erster Linie junge Menschen

Für das Forum „Flucht und Migration – In erster Linie junge Menschen“ hatte der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit ein intensives Podiumsgespräch organisiert. Aisha Ben Masour von i,Slam eröffnete mit einem Poetry-Slam: „Wer bist du, mir das Gefühl zu geben, ich müsste mich schämen? Ich dürfe nicht ich sein, denn der Satz ‚Ich bin von hier‘ wird dir bei mir nie genug sein.“ Moderiert von Judith Jünger von der BAG EJSA und Youssef Adlah von i,Slam diskutierten Martina Kinzel, Koordinatorin der Jugendmigrationsdienste, Dr. Christian Lüders vom Deutschen Jugendinstitut, Havera Morina und Mohammed Jouni von Jugendliche ohne Grenzen, Dr. Simon Goebel, Kulturwissenschaftler, und Hassan Hussain, Vertreter der Jugendberufshilfe Essen, über ihre Wahrnehmung der letzten 21 Monate und über gesellschaftliche Herausforderungen. Dr. Christian Lüders berichtete über die Arbeit der Sachverständigenkommission zum 15. Kinder- und Jugendbericht und stellte fest: „Diese Gesellschaft hat in einem erstaunlichen Umfang seit Sommer 2015 Dinge gewuppt und geleistet und zwar nicht nur in Form von Geld, sondern auch in einer Form und einem Ausmaß von Engagement, das vorher nicht vorstellbar war.“

Frei_Raum nutzen

Zum Thema „Frei_Raum nutzen“ organisierte die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung mit der lkj) – Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt ein Podiumsgespräch über Freiräume, das von Rebecca Riehn moderiert wurde. Dabei tauschten sich Reem Al Rahmoun, Teilnehmerin am Bundesfreiwilligendienst (BFD) in Magdeburg, Veit Krumnow, FSJ Kultur in Magdeburg, Johannes Luckner, FSJ Ganztagschule in Merseburg, und Omar Alshatta, BFDler an einer Merseburger Schule, aus. Alle hatten Videoclips mitgebracht, in welchen sie ihre Freiräume vorstellten. Das Publikum brachte eigene Definitionen ein: „Freiraum ist für mich die Möglichkeit, Verantwortung für mich zu übernehmen und dabei ernst genommen zu werden“, so ein Teilnehmer. Es ging auch darum, wo Freiräume enden: „Ich setze mir dort Grenzen, wo die Freiheit des Anderen beginnt“, sagte Reem Al Rahmoun. Anschließend wurden die Ergebnisse eines Fragebogens zur persönlichen Wahrnehmung und Gestaltung von Freiraum ausgewertet, der am Tag zuvor verteilt worden war. Es zeigte sich, dass sich viele im Kreis ihrer selbst gewählten Freundinnen- und Freundesgruppe am wohlsten fühlen. Zum Abschluss gab es ein Gruppenfoto mit den Statements zum Satzanfang „Freiraum ist für mich ...“.

VII. Selbstbewusst & demokratisch: 54 Forderungen an Politik & Gesellschaft

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der JugendPolitikTage 2017 erarbeiteten in 18 Arbeitsgruppen Forderungen, die sie an Politik und Gesellschaft richten. Eine Auswahl der Forderungen stellten sie der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vor und diskutierten mit ihr darüber. An dieser Stelle veröffentlichen wir alle Forderungen der AGs.

Die Forderungen stellen die Sicht von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar. Insbesondere das Bundesjugendministerium wird sich aktiv mit den Forderungen auseinandersetzen (S.25). Diese Veröffentlichung greift der geplanten Auseinandersetzung und Bewertung nicht vor. Zudem haben mitwirkende Organisationen erklärt, dass sie sich nicht mit allen Forderungen identifizieren können.

Themenwerkstatt Politik & Politische Bildung

AG 1 Neue und kreative politische Beteiligungsprozesse

AG-Leitung: Tino Höfert | Input: Sebastian Schütz

„Wir fordern ein **aktives Wahlrecht ab 16 Jahre** auf allen föderalen Ebenen. Das erhöht die demokratische Legitimation, steigert die Identifikation mit Demokratie und zeigt Wertschätzung für Jugendliche und ihr Engagement.“

„Wir fordern **einen hauptamtlichen wissenschaftlichen Beistand für alle Jugendparlamente, Jugendbeiräte und Schüler- und Schülerinnenvertretungen**, welcher eine professionelle und neutrale Beratung und Begleitung der ehrenamtlichen Arbeit der Jugendlichen gewährleistet. Dafür sollen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausreichend Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.“

„Wir fordern von den Landesregierungen und den Lehrenden eine kompetenzorientierte, fachübergreifende und altersgerechte **politische Bildung ab der 5. Klasse**, die in einem erlebnisorientierten Politikunterricht zusammengeführt wird. Dort sollen Schülerinnen und Schüler einen persönlichen Werkzeugkasten zur politischen Beteiligung erarbeiten.“

AG 2 Parteien und Wahlen

AG-Leitung: Anja Bentrup | Input: Yannick Haan

„Wir fordern, dass unsere Kinder **‚Politik‘ nicht als Fremdwort kennen lernen!** Deswegen sind auch wir für einen Politikunterricht ab der 5. Klasse.“ (siehe auch AG 1)

„Es soll **regionale JugendPolitikTage** geben, bei denen sich die Parteien vorstellen und die Wichtigkeit der politischen Beteiligung hervorgehoben wird. Dadurch wird politisches Interesse geweckt.“

„Als Vorbild und Perspektive gehören auch **junge Parteimitglieder in parteiliche Führungspositionen**, damit auch sie sich bei ‚großen Themen‘ beteiligen können.“

AG 3 Neue Kultur der politischen Bildung

AG-Leitung: Bernward Benedikt Jansen | Input: Thomas Krüger

„Wir fordern eine **neue Qualität der politischen Bildung**, die durch ausreichende Zeitkontingente und eine neutrale Vermittlung gesellschaftspolitischer Standpunkte Jugendlichen eine selbstreflektierte politische Meinungsbildung ermöglicht.“

„Politische Bildung muss knallen! Jugendliche sollen provoziert werden, teilzuhaben. Jugendliche sollen Politik durch Spaß und Erfolg erleben. Jugendliche sollen **Politik im eigenen Alltag erkennen**.“

„Wir fordern, dass der Staat eine **ausreichende Mittelausstattung für politische Bildung** garantiert.

Alle Akteurinnen und Akteure der politischen Bildung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sollen gleichberechtigten Zugang zu diesen Mitteln erhalten. Hierzu sind Zuständigkeiten zu klären.“



Themenwerkstatt Flucht & Migration

AG 4 In der Welt zuhause? Transnationalität Jugendlicher und junger Erwachsener

AG-Leitung: Manuel Gath, Paula Thierack | Input: Pamela Kain

„Wir fordern, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zwischen 18 und 25 Jahren ein **gebührenfreies Interrail-Ticket** für 30 Tage erhalten. Durch den Austausch zwischen den Kulturen und internationale Begegnungen wird der europäische Gedanke gestärkt. Zudem fördert das Reisen mit dem Interrail-Ticket die Selbstständigkeit.“

„Wir fordern die **Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft** und die Abschaffung der Options-

pflicht (Entscheidung mit 21, welche Staatsbürgerschaft man annimmt). Die Europäische Union soll Verhandlungen mit anderen Ländern führen, damit doppelte Staatsbürgerschaften auch anderswo möglich sind.“

„Wir fordern **mehr Geld für Stipendien und Austauschprogramme insbesondere für sozial Schwächere**. Besonders Schülerinnen und Schüler, die nicht das Gymnasium besuchen, sollten gefördert werden, da die bestehenden Programme oft nur Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erreichen.“

AG 5 Angekommen – und nun? Willkommensstrukturen und der harte Weg der Integration

AG-Leitung: Mathias Hamann | Input: Jens Schneider

„Wir fordern eine **verbesserte Integration durch Sprache, Kontakte und Arbeit**. Dafür sollte das Arbeitsverbot unabhängig vom Aufenthaltsstatus aufgehoben werden. Das würde die Schwarzarbeit reduzieren, Integration ermöglichen, das Selbstwertgefühl erhalten und eine sinnvolle Beschäftigung bieten.“

„Wir fordern, dass die **Annäherung zwischen der bereits in Deutschland lebenden Bevölkerung und Geflüchteten stärker gefördert** wird. Das kann etwa durch Fortbildungen zum Umgang mit Geflüchteten für Lehrende, durch innerschulische und außerschulische freiwillige Patenschaften, kostenlose ÖPNV-Monatstickets für Geflüchtete und eine allgemeine Aufklärung der Gesellschaft erreicht werden.“

„Wir fordern die **Einführung eines einjährigen, bezahlten Pflichtdienstes an der Gesellschaft** nach dem Schulabschluss mit 18 bis 25 Jahren für alle in Deutschland lebenden Menschen. Dieser soll die Anerkennung des Ehrenamtes und eine dauerhafte Stärkung der Hilfskräfte in sozialen Bereichen fördern.“



AG 6 Interessensvertretung und Selbstorganisation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

AG-Leitung: Jacqueline Kauka | Input: Victoria Yasemin Tümis

„Wir fordern **obligatorische Fortbildungen zu Antidiskriminierung, Didaktik und interkulturellen Kompetenzen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst** sowie den Ausbau von ‚Monitoring‘-Stellen, wo Migrantinnen und Migranten Vorfälle von Diskriminierung melden können.“

„Wir fordern eine **Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Migrationshintergrund**, indem alle Bildungsabschlüsse akzeptiert werden, die Grundrechte besser durchgesetzt werden und die Anforderungen an das Wahlrecht heruntergesetzt werden.“

„Wir fordern, dass **Verbände und ihre gegenseitige Vernetzung stärker gefördert** werden – insbesondere durch den Abbau bürokratischer Hürden sowie die Stärkung und Anerkennung von Ehrenamt.“

Themenwerkstatt Ungleichheit & Bildungsgerechtigkeit

AG 7 Gleiche Chancen für alle? Herkunft und Bildungschancen

AG-Leitung: Sebastian Kosok, Carl Philipp Leifeld | Input: Veronika Litschel

„Wir fordern, dass das **gemeinsame Lernen bis nach der Sekundarstufe I** möglich ist. Im dreigliedrigen Schulsystem findet eine frühe Selektion statt, abhängig von Faktoren wie soziale Herkunft, Bildungsstand der Eltern und Migrationshintergrund – dadurch kommt es auch zu einer sozialen Aus- und Abgrenzung.“

„Für einkommensschwache Familien sind kostenpflichtige Bildungsleistungen ein wirtschaftliches Problem, welches zur Exklusion von Kindern führt. Daher fordern wir **kostenlose Bildungsleistungen**, zum Beispiel Schulmaterialien in öffentlichen Einrichtungen, Kita-Plätze, Exkursionen und Fahrten, Beförderungen zur Schule sowie Mahlzeiten.“

„Wir fordern die Einführung von ‚**Supersozialarbeitern/Supersozialarbeiterinnen**‘, welche Bindeglieder zwischen Kindern und Jugendlichen, Eltern und Lehrenden in Bildungseinrichtungen darstellen und sozialpädagogische Unterstützung bieten. Die bestehenden Angebote sind zu punktuell und grobmaschig, so dass Einflüsse, die das Kindeswohl stark beeinträchtigen, nicht rechtzeitig erkannt werden.“

AG 8 Inklusion im Sinne von Öffnung der Gesellschaft für Vielfalt

AG-Leitung: Claudia Hammermüller | Input: Dr. Christian Lüders

„Wir fordern **bessere Mobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit Körperbehinderungen sowie Barrierefreiheit in Gebäuden**. Dazu soll die Zusatzbürokratie für ‚Behinderte‘ (zum Beispiel Menschen mit Körperbehinderungen, sozial Benachteiligte, geistig Beeinträchtigte), etwa Sonderanträge für Prüfungssituationen, bei Auslandskrankenversicherungen oder für Mobilitätshilfen in öffentlichen Verkehrsmitteln, abgebaut werden.“

„Wir fordern **eine Schule für alle** mit individuellen Ausrichtungen und Fördermöglichkeiten unter einem Dach, die Kontakt- und Austauschmöglichkeiten anbietet, zum Beispiel in Form von bestimmten Fächern und Projekten.“

„Wir fordern, dass **Begegnungsmöglichkeiten in außerschulischen Aktivitäten gestärkt** werden, zum Beispiel in Sportvereinen. Dazu könnten Sportvereine für Sportlerinnen und Sportler mit und ohne Beeinträchtigungen zusammengelegt werden, um den Austausch zwischen allen Jugendlichen zu fördern. Um die Attraktivität solcher Zusammenlegungen zu erhöhen und bestehende Vereine dieser Art zu unterstützen, fordern wir eine finanzielle staatliche Unterstützung.“

Diese Forderung ist auch auf Vereine mit anderen Schwerpunkten übertragbar, zum Beispiel Musik- und Kunstvereine.“

AG 9 Abschluss und nun? Arbeit 4.0 und der Weg ins Ungewisse

AG-Leitung: Ilan Siebert | Input: Malte Drewes

„Wir fordern eine **größere staatliche Anerkennung und Unterstützung für ehrenamtliche Arbeit**, die direkten gesellschaftlichen Mehrwert leistet. Rechnet ehrenamtliche Arbeit auch auf die Lebensarbeitszeit an!“

„Wir fordern, dass **flexible Ausbildungssysteme**, die zur flexiblen Arbeitswelt passen, eingerichtet werden. Unterstützt Weiterbildungsmaßnahmen für alle, unabhängig von Berufs- oder Angestelltenverhältnis!“

„Hört auf, uns als Zahlen zu behandeln! Wir fordern **frühzeitige, individuelle Unterstützung beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt**.“

Themenwerkstatt Populismus & Extremismus

AG 10 #postfaktisch, Fake News, Hate-Speech: Die Rolle des Internets bei Populismus & Extremismus

AG-Leitung: Sami David Rauscher | Input: Michael Wörner-Schappert

„Wir fordern, dass Medienkompetenz in alle Lehrpläne verbindlich integriert wird, wobei besonders aktuelle politische Themen behandelt werden sollen. Ein **respektvolles Miteinander auch in der digitalen Welt** soll verpflichtend in den Ethikunterricht eingebaut und extremistische Theorien sollen thematisiert und entkräftet werden.“

„Wir fordern, **Hate Speech und Fake News in sozialen Netzwerken stärker zu thematisieren und die strafrechtliche Verfolgung auszubauen**. Außerdem fordern wir eine einheitliche Verschärfung der Community Guidelines für Webseiten auf gesetzlichem Wege.“

„Wir fordern die Einrichtung einer staatlichen Institution, welche ein **verlässliches, vertrauenswürdigen Nachrichtenquellenregister** führt. Außerdem ist sie dafür verantwortlich, Fake News zu berichtigen.“

AG 11 Rechtspopulismus – Meinungsfreiheit oder Gefahr für die Demokratie?

AG-Leitung: Sophie Hubbe | Input: Matthias Wörsching

„Wir fordern die Kultusministerkonferenz dazu auf, sämtliche Lehrpläne in Deutschland um den Aspekt des Populismus in all seinen Formen zu erweitern und eine **erhöhte Demokratiebildung** samt demokratischen Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche zu verankern.“

„Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, durch eine projektbezogene, finanzielle Unterstützung den **interkulturellen Austausch für alle Jugendlichen** stärker zu fördern.“

„Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, **Minderheitenschutz stärker gesetzlich zu verankern und zu gewährleisten**. Die tatsächliche Umsetzung von Minderheitenschutz ist derzeit nicht ausreichend. Wir möchten erreichen, dass jegliche Minderheit in Deutschland ohne Angst leben kann und keinen Anfeindungen ausgesetzt ist.“

AG 12 ... wenn Religion radikal wird

AG-Leitung: Nadine Paffhausen | Input: Prof. Dr. Rolf Schieder und Philip Mohamed Al-khazan

„Wir fordern den **verpflichtenden Besuch eines Ethikunterrichts**, welcher auch die unterschied-

lichen Religionen intensiv beleuchtet. Dieser kann mit einem freiwilligen Religionsunterricht kombiniert werden. Des Weiteren müssen Lehrkräfte in Sachen Multikulturalität und religiöse Radikalisierung ausreichend geschult werden, um diesen Herausforderungen der heutigen Gesellschaft gerecht zu werden.“

„Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, offen für ein sich veränderndes Umfeld zu sein und sich **für ein friedliches Miteinander einzusetzen.**“

„Wir fordern einen Konsens innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Form eines **muslimischen Dachverbands**, um einen Kontrollapparat zur Einschränkung radikaler Prediger und Predigerinnen sowie Predigten zu haben. Dieser Dachverband sollte ein direkter Ansprechpartner für Staat und Gesellschaft sein und den interreligiösen Dialog in einem Haus der Religionen fördern und dies unabhängig von Institutionen und Staaten.“



Themenwerkstatt Freiräume & Handlungsräume

AG 13 Grenzenlos frei? Mobilität Jugendlicher

AG-Leitung: Sven Kindervater | Input: Knut Möller

„Wir fordern, dass jedes Bundesland ein Ticket einführt, mit dem Jugendliche für einen Euro pro Tag quer durch das Bundesland fahren können. Dieses ‚**Ticket 365**‘ soll ein kostengünstiger Anreiz für mehr Engagement und Nutzung von Freizeitmöglichkeiten in der Region sein.“

„Wir fordern **deutlich mehr Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, Europa zu entdecken.**“

Dazu sollen sowohl organisierte Gruppenreisen, etwa Klassenfahrten, als auch das individuelle Entdecken, etwa durch kostenlose oder vergünstigte Zugtickets, gefördert werden.“

„Um Jugendlichen mehr Eigenverantwortung und Freiräume zu ermöglichen, fordern wir gerade **im ländlichen Raum mehr Abend- und Nachtverkehr**. Hierzu soll es sinnvolle Möglichkeiten über Smartphone-Apps geben, Ruf-Busse am Bedarf orientiert zu organisieren. Durch individualisierte Streckenführungen sollen Leerfahrten und unnötiger Energieverbrauch verhindert werden.“

AG 14 Das Ringen um Freiräume

AG-Leitung: Katharina Mosene | Input: Immanuel Benz

„Wir fordern die Einrichtung von ‚**Proberäumen für Gesellschaft**‘, die zivilgesellschaftlich (selbst-)organisiert, aber staatlich finanziert werden und als Räume für alle denkbaren Gruppen und Zusammenschlüsse (zum Beispiel Theater und Politik) genutzt werden können. Das sollen Möglichkeitsräume für gesellschaftlichen Fortschritt, für Innovation und Kreativität sein. Sie sollen inklusiv als Teil einer offenen Gesellschaft gestaltet werden und das Erlernen von Verantwortung und Mitbestimmung ermöglichen.“

„Orte der Mitbestimmung: Wir fordern eine **repräsentative Institution für Jugendpolitik**. Diese soll Jugendpolitik nachvollziehbar gestalten, jugendliche Interessen angemessen vertreten und partizipativ und integrativ wirken.“

„Um Chancengerechtigkeit zu erhöhen und Zugänge zu eröffnen, fordern wir einen **kostenfreien ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende** in Stadt und Land.“

AG 15 Online frei sein: Die Stärkung von Jugendkultur durch das Internet

AG-Leitung: Ann-Cathrin Riedel | Input: Prof. Dr. Angela Tillmann

„Wir fordern die Entwicklung einer **App zur Förderung politischer Partizipation** sowie zur Information, Interaktion und Vernetzung in der Politik für Interessierte: ‚PolitUnity‘. Sie soll sich aus einem personalisierten NewsFeed und einem normalen Nachrichten-Dashboard mit allen Nachrichten zusammensetzen, um eine ‚Informationsblase‘ zu vermeiden.“

„Wir fordern, dass die **Zugänglichkeit von Datenschutzbestimmungen** für breitere Bevölkerungsschichten durch verständliche Kategorisierung und Kennzeichnung gesetzlich gewährleistet wird. Genauer definiert wären diese Kennzeichnungen durch bestimmte Wortkürzel oder Zeichen für die jeweilige Datenabfrage, so dass auf einen Blick erkennbar ist, welche Daten gespeichert werden. Ein Vorteil ist, dass damit die Mün-



digkeit breiter Bevölkerungsschichten im Umgang mit dem Internet gefördert wird, genauso wie auch die Aufklärung und Arbeit zu Sicherheit im Netz vereinfacht wird.“

„Wir fordern eine **verbesserte materielle und personelle Ausstattung im Bezug auf Medien- und Mediennutzung für öffentliche Einrichtungen** (Schulen, Bibliotheken, Universitäten, Medienzentren), damit junge Menschen Nachrichten besser einordnen und bewerten können und über die Chancen und Gefahren von intensiver Mediennutzung aufgeklärt werden. Und wir fordern, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten inhaltlich das Thema Medienkompetenz behandeln. Dazu sollen Formate und Sendungen umgesetzt werden, die spielerisch Gefahren und Möglichkeiten neuer Medien aufgreifen – diese sollen online und im Fernsehen ausgestrahlt und öffentlichkeitswirksam beworben werden.“

Themenwerkstatt Beteiligung & Interessensvertretung

AG 16 Ehrenamt, Bildung, Familie und Hobby – zwischen Überlastung, Selbstzweifel und Engagement

AG-Leitung: Jan Zaiser | Input: Nils Rusche

„Wir fordern die Einrichtung eines ‚**Ehrenamtstopfs**‘ für eine einheitliche und unbürokratische Strukturförderung für Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler. Dieser Topf ist ein auf Bundesebene angelegter Fonds, aus dem Mittel abgerufen werden können. Die Einlage des Fonds setzt sich aus staatlichen Zuschüssen, einer Umlage von Mitgliedschaftsbeiträgen und Spenden gesellschaftlicher und privater Akteurinnen und Akteure zusammen. Über die Verwendung der Mittel entscheidet ein Gremium, das sich aus hauptamtlich Tätigen zusammensetzt, die über Erfahrung und Detailwissen zu Prozessen und finanziellen Fragen verfügen. Diesem Gremium sitzt ein oder eine Bundesehrenamtsbeauftragte/r vor.“

„Wir fordern die **Einrichtung eines bundesweiten Dachverbands des Ehrenamts**. Durch ihn sollen mehr Aufmerksamkeit auf das Ehrenamt geleitet werden, interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten des Ehrenamtes aufgezeigt werden sowie Vernetzung und Kooperation der Ehrenamtlichen gefördert werden. Dazu schlagen wir den Aufbau eines Internetauftritts des Dachverbandes für Ehrenamt vor, der folgende Komponenten enthält: bundesweite Datenbank aller Ehrenämter, Informationsmaterial für Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler und Interessierte. Zusätzlich schlagen wir Werbekampagnen zur gesellschaftlichen Bedeutung des Ehrenamtes vor.“

„Wir fordern von der Bundesregierung die **Einführung eines bundesweiten Ehrenamtsausweises**. Dieser soll zum Beispiel durch Vergünstigungen im ÖPNV Inhaberinnen und Inhabern die Ausübung eines Ehrenamts erleichtern. Der Ausweis soll nur ab einer bestimmten Anzahl an für das Ehrenamt aufgebrauchten Stunden vergeben werden, die regelmäßig nachzuweisen sind. Außerdem soll durch den Ausweis das ehrenamtliche Engagement gewürdigt werden.“

AG 17 Demokratisierung von Schule, Berufsschule und Hochschule

AG-Leitung: Konrad Degen | Input: Bettina Bundszus

„Wir fordern die Angleichung der Schulsysteme durch einheitliche Lehrpläne und Prüfungen für Hauptfächer und eine Lehrerinnen- und Lehrerausbildung mit gleichen Inhalten. Zudem sollen **Standards für mehr Selbst- und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern** im Schulalltag festgelegt werden.“

„Wir fordern die Möglichkeit, **praxisnahe Politik als Teil des Unterrichts** (er)leben zu können und die Vertiefung des Unterrichts durch aktuelle und regionale Themen.“

„Schülerinnen und Schüler, Lehrende und Schulleitung als gleichwertige Instanzen sollen jeweils klar definierte Rechte und Pflichten haben.“

AG 18 Chancengerechtigkeit in Ausbildung und Gesellschaft

AG-Leitung: Nicole Schulz

„Junge Erwachsene in stationären Einrichtungen und im SGB II-Bezug sollen ihren vollen **Verdienst erhalten**, ohne unter Kürzungen leiden zu müssen.“

„Wir fordern eine **schnellere Bearbeitung der Asylanträge von Geflüchteten** und dass verständlich gemacht wird, warum Menschen verschiedene Aufenthaltstitel erhalten. Wir finden, Asylverfahren dauern teilweise zu lange.“

„Wir fordern **die Vereinheitlichung des Bildungssystems sowie die Abschaffung der Schultrennung** durch Initiierung von Gesamtschulen überall in Deutschland.“



VIII. Anspruchsvoll & nachhaltig: Rückblick und Ausblick

Bei den JugendPolitikTagen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer informieren, diskutieren und vernetzen. Dabei ging es um das „Wie“ von Politik und Gesellschaft: Wie geht gute politische Bildung und wie können gleiche Chancen für alle erreicht werden? Wie wollen wir arbeiten? Wie ermöglichen wir Menschen, die in Deutschland ihr neues Zuhause gefunden haben, eine lebenswerte Zukunft? Wie können wir etwas gegen Fake News, Hatespeech, aber auch religiöse Radikalisierung tun? Wie gehen wir mit Antidemokratinnen und Antidemokraten um? Wie können Wahlen und Parteien und damit unsere Demokratie zukunftsfest gemacht werden? Auch Grenzen jeder Art wurden zum Thema: Wie grenzenlos frei sind wir eigentlich? Wie steht es um Mobilität, Transnationalität, Freiräume für Jugend in Stadt und Land und die digitale Teilhabe? Wie kann man Ehrenamt, Bildung, Familie und Hobby unter einen Hut bekommen? Wie demokratisch sind Schule, Berufsschule und Hochschule? Und nicht zuletzt: Wie wird Beteiligung dem gesellschaftlichen Wandel gerecht und bleibt für junge Menschen attraktiv?

Ihre Antworten auf diese Fragen (S. 16 – 24) diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks. „Gesellschaft verändert sich und auch die Positionen der Jugendlichen ändern sich und wir müssen immer aktuell mitkriegen, was die Jugend heute und auch morgen bewegt, indem wir mit Jugendlichen und ihren Interessensvertretungen reden“, machte Caren Marks deutlich.

Wer bekommt die Ergebnisse der JugendPolitikTage 2017?

Mit den Ergebnissen der JugendPolitikTage wird weiter gearbeitet, so Caren Marks zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern: „Wir werden im Bundesjugendministerium Ihre Positionen dazu nutzen, um unsere jugendpolitische Agenda mit Ihren Anliegen abzugleichen und so unsere Jugendstrategie noch besser zu machen.“

Zunächst erhalten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer diese Dokumentation, ebenso wie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihrer Herkunftskommunen und der Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Darüber hinaus soll im Bundesjugendministerium ein Workshop mit allen Arbeitseinheiten stattfinden, die mit dem Thema Jugend in Berührung kommen. Die Dokumentation wird außerdem denjenigen Ressorts zur Verfügung gestellt, mit denen das Bundesjugendministerium bereits im Kontext der Demografiestrategie der Bundesregierung zusammengearbeitet hat. Zudem will das Ministerium die Ergebnisse auch für künftige Abstimmungen mit allen anderen Ressorts der Bundesregierung nutzen.





Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Die vorliegende Broschüre ist digital unter
www.bmfsfj.de/dokumentation-jugendpolitiktage
abrufbar.

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 5BR262

Stand: Juli 2017, 1. Auflage

Redaktion: Jugendpresse Deutschland, Josephin Bär und Viktoria Hahn

Gestaltung: Jan Zaiser, www.janzaiser.de

Bildnachweise: Bäuml, Lucas: S. 12 mittig rechts; Kirfel, Jakob: S. 10 oben; Lothar, Charles: S. 8 rechts; Mengewein, Kirsten: S. 7 links unten; Nusser, Lukas: S. 7 rechts unten; Rakhmanko, Anna: S. 9; Steinharter, Hannah: S. 24 mittig; Urban, Marco: Titelseite, S. 3, S.4/5, S. 7 oben, S. 8 links, S. 10 unten, S. 11 alle, S. 12 oben, mittig links, unten, S. 13, S. 17, S. 18, S. 21, S. 22, S. 24 oben und unten, S. 25, S. 26

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.